



Hannover, der 29.09.2025

Statement des Runden Tisches für ein Soziales Europa in Niedersachsen – Positionen zum Vorschlag der Europäischen Kommission zum Mehrjährigen EU-Finanzrahmen

Hintergrund zum Vorschlag der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission hat am 16. Juli 2025 ihren Vorschlag für einen neuen Mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2028 bis 2034 vorgelegt. Der erste MFR-Vorschlag der Kommission sieht Ausgaben mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 1,98 Billionen EUR für die nächste Finanzperiode vor. Dies entspricht 1,26 Prozent des Bruttonationaleinkommen (BNE) der EU und stellt im Vergleich zur aktuellen Förderperiode (1,12 % des BNE) grundsätzlich eine Erhöhung dar. Voraussichtlich mindestens 168 Milliarden EUR davon entfallen aber allein auf Rückzahlungen für das EU-Wiederaufbauinstrument „NextGenerationEU“.

Dieser erste Vorschlag beinhaltet einige wesentliche Umstrukturierungen im Vergleich zum gegenwärtigen MFR, die mit teils erheblichen Kürzungen verbunden sind. Inhaltlich fokussiert der neue MFR insbesondere die Themen Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Dekarbonisierung, Nachhaltigkeit sowie den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt innerhalb der EU. Um diesem Zuschnitt gerecht zu werden, schlägt die Kommission vor, die aktuell sieben Haushaltsrubriken in drei inhaltsrelevanten Säulen nebst Verwaltungskosten zu bündeln:

- **R1** – Nationale und regionale Partnerschaftspläne (NRPP) einschließlich Interreg und EU-Fazilität (865 Mrd. EUR),
- **R2** – Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und Horizont Europa (451 Mrd. EUR),
- **R3** – Globales Europa (200 Mrd. EUR).

Neben dieser Umstrukturierung, die sich auch elementar auf die finanzielle Gewichtung der einzelnen Themenfelder auswirkt, schlägt die Kommission des Weiteren vor, die Mittel künftig nicht mehr an die Bundesländer direkt auszugeben. Stattdessen soll es künftig 27 *Nationale und Regionale Partnerschaftspläne* (NRPP) und einen Interreg-Plan geben. Nicht mehr die Regionen, sondern primär die Mitgliedsstaaten rufen das Geld dann bei der EU ab. Im Rahmen des NRPP müssen die Mitgliedstaaten ihre Agenda für Reformen, Investitionen und andere Maßnahmen festlegen. Die Auszahlung der Mittel soll an die Durchführung der Reformen gekoppelt werden.



Statement des Runden Tisches „Soziales Europa“

Als Runder Tisch „Soziales Europa“ betrachten wir die vorgeschlagenen Änderungen an einigen Stellen mit Skepsis. Im Zuge der Bündelung der bisherigen Haushaltsrubriken auf drei Säulen erscheint insbesondere die Kohäsionspolitik benachteiligt. Einerseits aufgrund der erheblichen Reduktion der Mittel – so gehen erste Schätzungen mit Blick auf den gegenwärtigen Bereich des Europäischen Sozialfonds (ESF) im aktuellen Vorschlag der Kommission gegenüber dem laufenden Haushalt von einer Mittelreduktion aus. Andererseits besteht das Risiko, dass die Verschiebung auf die Ebene der Nationalstaaten zulasten regionaler Beteiligung geht, auch wenn bei den NRPP die Möglichkeit regionaler Kapitel besteht. Die Ausarbeitung und Umsetzung der NRPP muss deshalb in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern erfolgen, damit den Bundesländern kein Gestaltungsspielraum verloren geht und die gelebten Mitbestimmungsstrukturen auf regionaler Ebene erhalten bleiben.

Der bislang eigenständige Fonds ESF+ ist zweifellos das wichtigste Finanzierungsinstrument seitens der EU, wenn es um Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Guter Arbeit in Europa geht. In einer Zeit multipler Krisen, die sich in Europa u. a. durch die Notwendigkeit zur sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft sowie durch zunehmende Altersarmut und ein Erstarken der politischen Ränder bemerkbar machen, sind gezielte Investitionen in Qualifizierung und soziale Integration unabdingbar. Nur so lassen sich die Grundlagen für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Wir erachten die im Rahmen der NRPP vorgesehene Mindestquote von 14 % im Sozialbereich zwar als wichtigen Schritt, sehen darin jedoch lediglich den unteren Rahmen, wie er auch von der Europäischen Kommission formuliert wurde. Vor diesem Hintergrund erachten wir als zentral, dass auf Ebene Deutschlands sowie in Niedersachsen, eine deutlich stärkere Berücksichtigung sozialer Belange erfolgt, auch unter Einbeziehung des ESF.

Darüber hinaus sollte der ESF+ in seinem hervorgehobenen Stellenwert erhalten bleiben und muss auch weiterhin mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Hierfür kann die aktuelle Mittelbemessung zzgl. eines Inflationsausgleichs veranschlagt werden. Auch sollten erfolgreiche Förderprogramme wie bspw. die Niedersächsische Richtlinie Soziale Innovation mit den drei sozialpartnerschaftlichen Stellen für Soziale Innovation der LAG Freie Wohlfahrtspflege, des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Unternehmerverbände Niedersachsen erhalten und weiterhin auskömmlich finanziert werden.

Wir begrüßen das Ziel der Europäischen Kommission, in der nächsten Förderperiode den Verwaltungsaufwand bei der Umsetzung von EU-Programmen zu reduzieren. Es



muss jedoch sichergestellt werden, dass mit einer stärkeren Leistungs- und Wirkungsorientierung in der Förderung nicht diejenigen Förderbereiche verloren gehen, in denen die Arbeit mit vulnerablen Zielgruppen im Mittelpunkt steht und bei denen messbare (z. B. arbeitsmarktpolitische) Effekte schwer nachzuweisen sind. Die sozialpartnerschaftliche Begleitung kohäsionspolitischer Förderpolitik hat sich in der Vergangenheit sowohl als effizient wie auch öffentlichkeitswirksam gezeigt, womit sie auf zwei Kernforderungen des aktuellen MFR-Vorschlags einzahlt. Grund genug, um in Zukunft Einbindungsformate nicht nur beizubehalten, sondern vielmehr durch Mittel zum Kapazitätsaufbau weiter auszubauen.

Über den Runden Tisch für ein Soziales Europa in Niedersachsen

Der Runde Tisch „Soziales Europa“ ist ein seit 2022 bestehendes Bündnis aus Landesregierung, Deutschem Gewerkschaftsbund, Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Landesjugendring Niedersachsen. Gemeinsam setzen sich die Partner für ein sozial gerechtes, inklusives und zukunftsfähiges Europa ein, um gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Teilhabe zu fördern. In jährlichen Spitzentreffen und unterjährigen Arbeitsgruppen formulieren sie niedersächsische Interessen, Perspektiven und Ansprüche für ein sozialeres Europa.